

Dokumentation

Klemens Richter

Das politische Engagement der christlichen Gemeinde der DDR

Die Frage nach dem politischen Engagement der christlichen Gemeinde ist für die DDR als eines in der Praxis zweifellos autoritären atheistischen Weltanschauungsstaates ohne Darlegung der gesellschafts- und kirchenpolitischen Situation kaum ausreichend zu beantworten. Im Unterschied zur evangelischen Kirche, die sich aus vielen Gründen (etwa 10 Millionen Mitglieder gegenüber 1,3 Millionen Katholiken bei 17 Millionen Einwohnern; stärkerer staatlicher Druck; größere Dezentralisierung der kirchlichen Leitungsgewalt; theologische Fakultäten an den sonst atheistisch geprägten Universitäten usw.) schon vor Jahren theologisch und praktisch auf allen Ebenen mit dem Problem des christlichen Engagements in einem sozialistischen System befassen mußte, konzentriert sich die katholische Hierarchie auf die pastoralen Aufgaben im engeren Sinne und versucht gleichzeitig, im gesamten politischen Bereich weitgehende Neutralität zu wahren. Die einzelnen Gemeinden folgen dem Episkopat in dieser Haltung um so williger, da die Parteien und Massenorganisationen, besonders die CDU in der DDR mit dem fast ausschließlich die staatliche Kirchenpolitik vertretenden Monatsblatt «Begegnung. Zeitschrift progressiver Katholiken» (12. Jahrgang) unter dem politischen Engagement der Gemeinde einseitig ein klares Bekenntnis zur sozialistischen Gesellschaftspolitik einerseits und zur Außenpolitik des Staates andererseits verstehen. Ein Engagement der Gemeinde, das etwa Ansätze der neueren politischen Theologie zur Theorie seines Handelns machen würde, wird nicht zuletzt auch von der SED-Führung als westliche und damit dem Aufbau des Sozialismus nicht dienliche Theologie abgelehnt. So erklärte das Mitglied des Politbüros und Sekretär des ZK der Partei, P. Verner, 1971 zwar, daß es den Kommunisten fernliege, sich «etwa in die theologischen Ange-

legenheiten der Kirchen einzumischen», daß die Kirche «aber weder zwischen den Fronten des Kapitalismus und des Sozialismus, noch in <kritischer Distanz> zu unserem Staatswesen stehen kann». Und für G. Götting, Vorsitzender der CDU und Parlamentspräsident, war es selbstverständlich, daß «in Theologie und Kirche die Überwindung aller Ideologien, die der Sache nach dem Imperialismus nützlich sind, eine unabdingbare Voraussetzung für effektive Prozesse bewußter Neuorientierung» ist und die «entschlossene Abgrenzung von allen theologisch verhüllten Varianten spätbürgerlicher Ideologie» notwendig ist.

So mag es durchaus verständlich sein, daß die Bischöfe ein politisches Engagement der Gemeinden, das über eine rein karitative Arbeit hinausgeht, nicht begrüßen und schon gar nicht fördern. Dem Bestreben vor allem von Studentengemeinden und einer allerdings eher kleinen Zahl von Akademikern und Priestern nach mehr gesellschaftspolitischem Engagement steht die verfestigte Kirchenstruktur entgegen. Für den Bereich der DDR kann ohne weiteres noch von einer Klerikerkirche gesprochen werden. Die in vielem zu begrüßende Einheit von Klerus und Laien ist dabei eine vorwiegend monologische Einheit, die Aktivitäten bremst. Nach Meinung des Leipziger Oratorianers W. Trilling wird das bislang im Vordergrund stehende Ziel, den Bestand zu erhalten, erkaufte durch «die Gefahr des Gettodenkens, des Lebens im eigenen Raum, des Wohlbehagens in katholischer Nestwärme. Wir wissen aber sowohl aus der Erfahrung wie aus der Lehre, daß das Christentum nur lebendig bleiben kann, wenn es Zeugnis gibt, wenn es Aufgaben sieht und tut, wenn es dient und sich im Dienste findet und erfüllt.» Es gibt keinen Dialog mit der sozialistischen Umwelt. Das Frontdenken herrscht trotz offiziell entspannterem Klima vor.

Das Dilemma, in dem sich die Gemeinden zwischen der nicht nur staatlicherseits, sondern hier und da auch innerkirchlich erhobenen Forderung nach politischem Engagement und tatsächlichem Gettodenken befinden, wird an dem Vorpapier «Apostolat und Weltdienst» für die 1973 beginnende Pastoral synode in der DDR, der ersten Landessynode in einem sozialistischen Staat, deutlich. Das mögliche Engagement der Gemeinden umschreiben Kernsätze wie: «Die Kirche kann nicht ja sagen zur weltanschaulichen Grundlage des Staates der DDR und zu jeder sich daraus ergebenden staatlichen Maßnahme»; «Es ist schwer, die Grenze der gesellschaftlichen Mitarbeit allgemein

festzulegen. Sie wird sicher dort überschritten, wo vom Christen gefordert wird, das verantwortliche, sachgerechte Handeln aufzugeben und gegen sein Gewissen zu handeln»; «Sosehr die Christen der Festlegung auf eine atheistische Weltanschauung widersprechen müssen, suchen sie doch bei der Verwirklichung des Humanum mitzuwirken»; «Die gesellschaftliche Tätigkeit ist für den Christen nicht risikofrei. Es treten Konfliktsituationen auf, die den einzelnen vor Gewissensentscheidungen stellen»; «Christen, die wegen ihrer Friedensarbeit Nachteile erleiden, müssen auf die Unterstützung der Kirche rechnen dürfen.» Solche das christliche Engagement wenigstens ansatzweise umschreibende und die gebotene kritische Distanz bewahrende Aussagen finden staatlicherseits keine Zustimmung. «Kritische Distanz» wird hier als Opposition mißverstanden, die es unter Führung der SED nicht zu geben hat. Für die «Begegnung» (1972, Heft 6, S. 5) ist daher «der in den Vorpapieren angezeigte Weg kein Weg in die Zukunft. Er führt nicht zum gebotenen Dienst an der Welt, sondern in die Isolierung – zum Schaden der Kirche.»

Diese Einseitigkeit der Vorstellung der DDR-Verantwortlichen über ein politisches Engagement der Gemeinde in der DDR führt notwendigerweise eher zu einer Minderung der politischen Aktivitäten in den Gemeinden. Durch das im Vordergrund stehende Gettodenken fällt die christliche Gemeinde in der Gesellschaft am wenigsten auf und kann daher auch am wenigsten Anstoß erregen. Dieser Verzicht auf öffentliche Wirksamkeit hindert aber nicht, daß gerade in den besonders aufgeschlossenen Studentengemeinden und Akademikerkreisen Forderungen nach diesem Engagement erhoben werden. Seit der DDR-Staatsratsvorsitzende *W. Ulbricht* erklärt hat, daß «das Christentum und die humanistischen Ziele des Sozialismus keine Gegensätze» sind und «die alte Sehnsucht der christlich gesinnten Bevölkerung ... ihre Erfüllung nur durch die Verwirklichung der hohen Ideen des Humanismus und Sozialismus finden» kann, hat das Nachlassen der plumpen atheistischen Propaganda und antikirchlichen Politik dazu geführt, daß das früher ausgeprägte Gefühl, als gläubiger Christ nur ein Staatsbürger minderer Klasse zu sein, langsam schwindet. Mancherlei Erleichterungen im Verhältnis von Staat und Kirche (unabhängig davon wird es beispielsweise zunehmend schwieriger, als Christ zum Hochschulstudium zugelassen zu werden) haben das ausschließliche Frontdenken vor allem bei den Intellektuellen in Frage gestellt.

Nicht wenige wollen das selbstgewählte Getto verlassen und fordern eine Auseinandersetzung mit ihrer Umwelt. Sie stellen die Frage nach der christlichen Existenz in ihrem Staatswesen. So kritisierte ein Aktionskreis von Priestern und Laien aus Halle, westlichen Solidaritätsgruppen vergleichbar, schon 1966 (vorher sind keine Äußerungen aus den Gemeinden zum politischen Engagement bekannt geworden): «Verbleiben wir weiter in dieser hoffnungslosen Konzeptionslosigkeit, so haben wir keine Chance, von diesem Staat als verantwortlicher Partner ernst genommen oder überhaupt gehört zu werden, wenn es darum geht, Lebensäußerungen dieses Staates sittlich zu werten oder dort mit aller Entschiedenheit einzuschreiten, wo sittliche Normen in unerhörter Weise verletzt werden.» Und an anderer Stelle heißt es: «Wenn wir glauben, daß der Auftrag zum Engagement im öffentlichen und staatlichen Leben auch in unserem Raum ein christlicher Auftrag ist, so bedeutet eine Anerkennung der staatlichen Autorität der DDR ... die einzige Ausgangsposition, von der aus eine Mitarbeit möglich ist, in der auch Kritik und mahnende Zurechtweisung nicht von vornherein verdächtigt werden können.» Für diesen Kreis von Gemeinden oder auch einer Minderheit von Christen in anderen Gemeinden war und ist es selbstverständlich, daß «angesichts der Allgegenwart des totalitären Zugriffs des Staates» eine Mitarbeit nur dort möglich ist, «wo uns Entscheidungen nicht von vornherein aufgezwungen werden können ... Wir brauchen also einen Raum, in dem uns die Freiheit zu einer sachgerechten Entscheidung nach menschlichem Ermessen gewährleistet ist» (vielfältigste Korrespondenz). Die überwiegende Mehrzahl der Gemeinden und die Hierarchie sind aber der Meinung, daß es diesen Raum in genügendem Maße nicht gibt.

Demgegenüber besteht bei einer wohl im Wachsen begriffenen Minderheit die Überzeugung, daß eine Mitarbeit der Christen möglich ist, ohne zugleich alle staatlichen Vorstellungen von einem politischen Engagement der Gemeinden erfüllen zu müssen. Von dieser Minderheit wird gefragt: Wie nutzen wir die Gelegenheit, in den Elternbeiräten den Totalitätsanspruch des Staates im Bereich von Bildung und Erziehung zu brechen? Sollte es nicht im Rahmen der Betriebsgewerkschaften möglich sein, die sich mehrenden Härten in den sozialen Belangen der Berufstätigen sachgerechter Prüfung und Behebung zuzuführen? «Wenn es uns gelingt, gerade in solchen und ähnlichen Körperschaften mit Kommunisten und

Staatsfunktionären auf der Grundlage der Sachgerechtigkeit und gegenseitiger Achtung zusammenzuarbeiten ..., dann haben wir schon etwas vom Auftrag zum Engagement erfüllt.»

Die sich hier bildende Auffassung geht davon aus, daß nur durch tätiges Engagement solche Bereiche der freien Entscheidung eröffnet werden. Eine sich ihrer Umwelt weiterhin verweigernde Gemeinde ist für das staatliche System sicher angenehm, denn sie hat keinerlei Anziehungskraft für ihre Umwelt, sie «stirbt ab» und stützt somit eher einen dogmatischen Kommunismus. Über eine solche Gemeinde geht die Entwicklung hinweg, sie lebt nicht mehr wirklich. Den oft erhobenen Vorwurf, daß ja jegliche politische Mitarbeit auch alle ungerechten Handlungen des Staates unterstütze, weisen die zum Engagement Bereiten weit von sich, da ja gerade durch diese Mitarbeit der Christen die Totalität des Staates beschnitten werde, in der letztlich alle Verletzung der sittlichen Normen begründet ist. Dabei ist ihnen bewußt, daß die Mitarbeit der Christen nicht vom möglichen Erfolg her begründet werden kann: «Dieses Wirken steht unter dem Zeichen des Kreuzes. Und hier kann eben die Erfahrung des Kreuzes bestehen im propagandistischen Mißbrauch unseres Einsatzes durch den Staat, in Mißverständnissen, die wir bei Mitchristen hervorrufen und den daraus erwachsenden Verdächtigungen. Die für unsere Arbeit sprechenden Zeichen der Zeit und die Erfahrung des Kreuzes sind es, die uns ermutigen, den Weg zu gehen im Engagement als Christen in der DDR.»

Das alles ist natürlich noch keine Beschreibung von Modellen eines politischen Engagements der christlichen Gemeinde in der DDR. Aber ausgeprägte Modelle dieser Art, die etwa Gemeinden mancherorts praktizieren, kann es unter den eben beschriebenen Verhältnissen – angesichts der verschiedenartigen Vorstellungen von Hierarchie und Partei – auch noch gar nicht geben. Dazu war auch die Fixierung auf die Gesellschaft der Bundesrepublik zu lang verwurzelt im Bewußtsein der meisten Gläubigen. Unter dem Leitbild eines «Westfetischismus» bot die Kirche oft das Schauspiel eines quälenden Ringens mit museal anmutenden Traditionen. Nur allmählich bilden sich unter dieser Traditionskruste neue Formen heraus. Die Gruppe, der kleine Kreis, rückt in den Mittelpunkt. Damit verbunden ist ein stärkerer Nachbarschaftsdienst, etwa junge Ehepaare, die sich in einer Dresdener Gemeinde regelmäßig treffen, diskutieren, einander helfen und Wege eines politischen Engagements ihres Kreises suchen. Hier und

da bilden sich solche Spontangruppen, in denen Christen wie Nichtchristen menschlich miteinander umgehen, frei von Karrieredenken, Einsamkeit und Anonymität, die sich nicht als Feinde, sondern als Glieder der sozialistischen Gesellschaft verstehen.

Neben karitativen Diensten der Gemeindeglieder (z. B. freiwillige Arbeit in Krankenhäusern, «Aktion Sühnezeichen» usw.) gibt es aber durchaus Aktionen ganzer Gemeinden im öffentlichen Bereich, wo dies ungefährlich erscheint, etwa bei der Errichtung von gemeinnützigen Einrichtungen (Kinderspielplätze usw.) oder bei der Katastrophenhilfe. Stellungnahmen zu gesellschaftspolitischen Vorgängen sind problematisch, da jede Kritik einer ganzen Gemeinde als organisierter Protest mißverstanden würde. Ungefährlich ist das bisher nur für die Bischöfe, die ihrer Meinung zu Fragen wie Ehe- und Familiengesetzgebung, Schwangerschaftsabbruch oder sozialistische Jugendweihe durch Hirtenbriefe und Eingaben an den Staat Ausdruck geben können.

Ausgeprägte Modelle eines politischen Engagements, die weder in den traditionellen Bahnen verharren noch zur reinen Akklamation für staatliche Maßnahmen herabsinken, können sich erst dann im Bereich der katholischen Gemeinden in der DDR entwickeln, wenn die Realität der bestehenden gesellschaftlichen Umwelt weder als feindlich abgelehnt noch lediglich apathisch und resignierend hingenommen wird. Möglichkeiten dafür bietet die Mitarbeit der Christen vornehmlich an der Basis, in Haus- und Betriebsgemeinschaften, Schieds- und Konfliktkommissionen usw. Ein ganz auf die Kultkirche zurückgedrängtes Christentum hingegen, wie es bis heute weithin zu finden ist, hat keine Überlebenschance in diesem sozialistischen System. Die evangelischen Gemeinden haben das längst erkannt.

KLEMENS RICHTER

geboren 1940 in Leipzig, promovierte 1972 in Theologie (Münster), ist wissenschaftlicher Assistent für Liturgiewissenschaft und Akademischer Rat. Er veröffentlichte u. a.: *Katholische Kirche in der DDR. Wandel kirchlicher Strukturen unter den Bedingungen einer sozialistischen Gesellschaft: Jahrbuch für christliche Sozialwissenschaft* 13 (Münster 1972); *Neue Totenliturgie (Essen 1971)*, *Die Feier der Trauung (Essen 1971)*, *Die Trauung in der Gemeinde (Essen 1972)*, *Die Feier der Krankenkommunion (Essen 1972)*, *Die Katholiken in der DDR (Mainz 1973)*.